

## Zur Pressemitteilung von Susanne Herold (CDU)

### **Es bleibt dabei: Eltern werden drastisch belastet**

Zu der Aufforderung der bildungspolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Susanne Herold, seine Pressemitteilung Nr. 18.07 zum Schulgesetz „Eltern werden drastisch belastet“ zu korrigieren, erklärt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Karl-Martin Hentschel**:

Da die schleswig-holsteinische CDU sich mit bildungspolitischem Populismus besser auskennt als wir, nehme ich den Hinweis von Frau Herold selbstverständlich sehr ernst.

Die Kollegin hat recht, wenn sie korrigierend darauf verweist, dass der Gesetzesentwurf für die Schülerbeförderung eine Kostenfreistellung oder Minderung bei FürsorgeempfängerInnen und im Falle besonderer Härten vorsieht.

FürsorgeempfängerInnen und ihren Kindern wird also von der Großen Koalition eine Verminderung jener zusätzlichen Belastungen zugesichert, die sie ohne die Große Koalition gar nicht tragen müssten.

In jedem Fall entsteht durch Kostenpflichtigkeiten eine Abschreckungswirkung gerade bei GeringverdienerInnen. Und ich bleibe dabei, dass durch die Schülerbeförderungskosten in Verbindung mit anderen Aufwendungen des Schullalltages gerade jene Familien getroffen werden, die jeden Euro dreimal umdrehen müssen. Es ist daher unerträglich ist, wenn Eltern sich die Bildungschancen ihrer Kinder wieder mühselig zusammensparen müssen.

Die CDU interessiert das nicht, denn mit sozialen Härten und den Realitäten dieser Menschen kannte sie sich noch nie besonders gut aus.

Im Übrigen: Bei meiner Feststellung, dass die Landesregierung auf Kosten der Kitas und Schulen spart, statt bei sich selbst, hat Frau Herold um keine Korrektur gebeten.

\*\*\*